



JUNG+LIBERAL

Das Mitgliedermagazin der Jungen Liberalen



Adieu Idee?

E U R O P A





SOMMER, SONNE, FREIHEIT!

Sommerakademie 2016

Die diesjährige Sommerakademie war eine der größten der letzten Jahre. Mitglieder, Interessenten und Freunde aus ganz Deutschland reisten für vier Tage nach Erfurt. Gemeinsam diskutierten wir dort unter dem Motto „Agenda für die Politik der Zukunft“ über politische Forderungen, mit denen wir die Lebenswirklichkeit junger Menschen in Zukunft verbessern wollen.

Dabei entstanden viele interessanten Fragen, Diskussionen und Ideen. Was heißt für uns eigentlich „beste Bildung der Welt“? Welche Art der Flüchtlingspolitik wünschen wir uns für die Zukunft? Was sollte im Bereich der Bürgerrechte anstelle der Vorratsdatenspeicherung und flächendeckenden Videoüberwachung forciert werden? Auf all diese Fragen fanden wir auf der Sommerakademie Antworten.

Die „Politik der Zukunft“ – das wird eine spannende und vielfältige Herausforderung. Wie gut, dass wir Herausforderungen lieben.





4-5

Europa, ein geteiltes Land - Zwischen Zukunftsangst und Optimismus

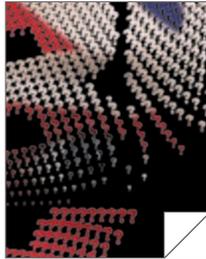
Europa ist geteilt. Aber anders als bis 1990 verläuft die Teilung nicht mehr zwischen Ost und West, sondern quer durch die europäischen Gesellschaften. Warum dies für das Projekt EU eine Gefahr ist.



12-13

Ruhe nach dem Brexit- Sturm - Braucht die EU ein Moratorium?

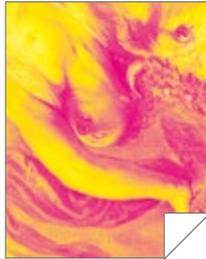
Manchmal ist es besser, innezuhalten und sich zu fragen, was wirklich wichtig ist. Könnte ein Innehalten auch die Krise der EU lösen?



6-7

Der Brexit - Ein Erklärungsversuch

Warum war es gerade Großbritannien, das seine EU-Mitgliedschaft erst infrage stellte und jetzt aufgeben möchte? Ein Blick auf seine politische Strukturen und die Probleme des Landes können Aufschluss geben.



18-20

Europa ist tot? Es lebe Europa!

Der Brexit muss nicht das Ende der EU bedeuten. Wir können ihn auch als Chance begreifen.

- 2 Kurz und Knapp
- 4 Europa, ein geteiltes Land
Zwischen Zukunftsangst und Optimismus
- 6 Der Brexit
Ein Erklärungsversuch
- 8 Auf dem Weg zum Katzentisch
Norwegen zeigt, was Großbritannien der Brexit kosten könnte
- 10 Sechs Lehren aus dem Brexit-Referendum
- 12 Ruhe nach dem Brexit Sturm
Braucht die EU ein Moratorium?
- 14 Mach kaputt, was uns kaputt macht!
- 16 Problemkind EU
- 18 Europa ist tot? Es lebe Europa!
- 20 Internationale Seite
- 22 Warum ein Liberaler kein Nationalist sein kann
- 23 Impressum

EDITORIAL

Hallo, ihr Lieben!

Mein Name ist Laura Schieritz und ich bin eure neue Chefredakteurin für das „jung+liberal“. Ich bin 18 Jahre alt, habe in diesem Jahr mein Abitur abgelegt und werde ab Oktober in Dresden Germanistik und Politik auf Lehramt studieren. Hochmotiviert freue ich mich sehr darauf, mit euch in Zukunft in diesem Heft politische Debatten zu den unterschiedlichsten Themen zu führen.

Gleich das erste Heft widmet sich einem ganz wichtigen und umfangreichen Thema – Europas Zukunft. Über zwei Monate ist er jetzt her, dieser 23. Juni 2016. Der Tag, an dem die EU so sehr wie noch nie zuvor infrage gestellt wurde. Die Briten entschieden sich in ihrem Brexit-Referendum mehrheitlich, das europäische Staatenbündnis zu verlassen. Doch was nun?

Diese völlig neue Situation, der bevorstehende Austritt eines der größten Mitgliedsstaaten und das Liebäugeln anderer Staaten mit einem Exit-Referendum geben Anlass, sich zu fragen, ob es so weiter gehen kann wie bisher. Wie kam es überhaupt zum Brexit? Was steht Großbritannien und dem Rest der EU jetzt bevor? Ist die EU noch das, was wir uns unter einem vereinten Europa vorstellen? Der vor kurzem verstorbene ehemalige FDP-Außenminister Hans-Dietrich Genscher sagte einst: „Europa ist unsere Zukunft, sonst haben wir keine.“ Ist das noch immer so? Und wie sieht ein Europa der Zukunft aus? Lasst uns in diesem Heft darüber diskutieren.



Eure Laura

P.S.: Ihr erreicht mich bei Fragen oder für Anregungen und Kritik jederzeit per Mail unter schieritz@julius.de.

Europa, ein geteiltes Land

*Zwischen Zukunftsangst
und Optimismus*

Europa ist geteilt. Aber anders bis 1990 verläuft die Teilung nicht mehr zwischen Ost und West, sondern quer durch die europäischen Gesellschaften. Zwischen all jenen, die aus Zukunftsangst zurück ins angeblich übersichtlichere 19. Jahrhundert wollen und jenen, die voller Fortschrittsoptimismus das europäische Projekt vorantreiben.

Am 24. Juni 2016 erwachte Europa mit dem Ergebnis des Brexit-Referendums – und es war kein schöner Morgen. Das Vereinigte Königreich wird die EU verlassen, so will es eine knappe Mehrheit der Bevölkerung. In den Wahlanalysen bestätigt sich der Eindruck aus dem Wahlkampf, das Wahlverhalten orientierte sich anhand sozialer Milieus, nicht parteipolitischer Zugehörigkeit. Grob vereinfacht ist der Brexit-Befürworter alt, weiß und vom Land oder aus den ehemaligen Industriezentren im Nordwesten Englands. Es ist der Aufstand derer, die sich benachteiligt und abgehängt fühlen.

Schnitt, Ortswechsel nach Wien. Die Österreicher haben den moderaten Alexander van der Bellen mit knapp 31.000 Stimmen Mehrheit zum Bundespräsidenten gewählt. Der Gegenkandidat war der Rechtspopulist Norbert Hofer. Die Wähleranalyse zeigt ein ähnliches Bild, wie im Vereinigten Königreich. Hofer gewann die Stimmen der Alten, der Landbevölkerung, derjenigen, die sich vor einem menschlichen Umgang mit syrischen Flüchtenden fürchten. Noch ein Ortswechsel nach Polen, dort übernahm Ende 2015 die rechte Partei „Recht und Gerechtigkeit“ unter Führung von Jaroslaw Kaczynski die Regierung und arbeitet seither an der Aushöhlung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Auch ihre Wähler stammen aus den zuvor benannten Milieus.

Diese Reihe an Beispielen könnte noch eine Weile fortgesetzt werden. In Deutschland lebt die AfD, in Frankreich der Front National, in Dänemark die Dansk Folkeparti, in den Niederlanden Geert Wilders Partei für die Freiheit von den Stimmen derselben Wählertypen. In Europa hat sich eine nicht unwesentliche Wählergruppe von den Grundüberzeugungen der liberalen Demokratie wegentwickelt und bildet nun den Nährboden auf dem rechtspopulistische und -extreme Parteien wachsen. Diese Menschen eint vor allem das Gefühl, dass sie von der Gesellschaft nicht die Anerkennung bekommen, die ihnen nach eigener Ansicht zusteht. Sie fühlen sich sozial und ökonomisch abgehängt und sehen ihre Interessen durch die politischen Akteure verraten. Bemerkenswert sind daran insbesondere drei Aspekte. So werden von diesen Menschen Politik und gesellschaftliche Prozesse nicht mehr rational wahrgenommen, sondern vollständig auf die Gefühlsebene verlagert.

Es ist diesen Anhängern egal, ob sie oder ihre erkorenen Vertreter sachlich korrekt argumentieren. Wissenschaftliche Erkenntnisse und rationale Analysen werden im Zweifelsfall als Teil „des Systems“ oder der „Lügenpresse“ und damit als irrelevant abgetan. Bauchentscheidungen und Rechthaberei ersetzen hier den politischen Diskurs. Zweitens entsteht das Gefühl der ökonomischen Benachteiligung in Zeiten eines nie gekannten Wohlstands in Europa. Selbst der arbeitslose, ungelernte Arbeiter in Manchester hat einen vergleichsweise hohen Lebensstandard. Drittens findet der Anstieg an Xenophobie, Europafeindlichkeit und reaktionären Forderungen vor allem dort statt, wo relativ wenig Erfahrungen mit Zugewanderten, Europa oder dem modernen Leben gemacht werden. Dieses Milieu wird gefüttert von einer Ablehnung gegenüber allem Unbekannten. Angst vor den Realitäten und der Zukunft an sich sind der Dünger der rechten Bewegungen.

Wir haben längst ein Europa der zwei Geschwindigkeiten. Aber die Integrationsgeschwindigkeit variiert nicht zwischen Staaten, sondern in den Köpfen der Bürgerinnen und Bürger. Die EU ist dabei keineswegs ein Elitenprojekt. Breite Teile der Bevölkerung, das zeigen Umfragen in Deutschland und anderen Mitgliedsstaaten, wollen die EU und die europäische Integration, sie sind optimistisch und vertrauen dem politischen System.

Aber dann gibt es eben auch diese Anderen, mit ihrer Zukunftsangst. Es gilt, diese außenbords Gefallenen schnellstmöglich wieder einzusammeln, bevor sie das ganze europäische Boot zum schwanken bringen. Das funktioniert nicht, indem man ihnen nach dem Mund redet und selbst populistische Phrasen drischt (wie derzeit in Union und FDP durchaus angesagt), sondern indem man

Europa wieder mehr erklärt. Schluss mit dem Begründungsmuster „alternativlos“, her mit richtigen Erklärungen – die dürfen auch gerne länger als 20 Sekunden dauern. Es kommt darauf an, dass sich politische Entscheider die Zeit nehmen Politik, Geschehnisse und ihre Ent-

scheidungen in der Tiefe zu erläutern. Das kann Politik aber nicht alleine. Es bedarf der Mithilfe der Massenkommunikatoren, sprich der Medienmacher. Solange Talkshow-Formate Gäste zu kürzesten Statements zwingen und Zeitungen sich auf einzeilige Zitatfetzen beschränken, kann das System nicht funktionieren. Eine gewisse Entschleunigung und besonders Entskandalisierung kann Politik und Medienlandschaft in Bezug auf den Kampf gegen Populismus nur guttun.

Es gibt aber noch einen zweiten Aspekt, den Politik angehen kann. Das ist die empfundene soziale Ungerechtigkeit. Mit Blick auf aktuelle Untersuchungen zeigt sich hier nämlich durchaus ein wahrer Kern. Nicht unbedingt bei den Transferleistungsempfängern, aber bei denen in prekären Arbeitsverhältnissen. Denjenigen, die in Rostock-Lichtenhagen im Plattenbau oder auf dem Wedding wohnen, weil sie sich das Zentrum nicht leisten können. Die nicht wissen, ob sie die nächste

Klassenfahrt oder die Sportschuhe der Kinder bezahlen können, obwohl sie Vollzeit arbeiten. Nicht unberechtigt fragen diese Menschen, wo in der politischen Prioritätenliste sie stehen. Wenn selbst die Sozialdemokratie sie nicht mehr vertritt, ist es nachvollziehbar, warum sie

sich rechten Heilsversprechen hingeben. Es braucht einen verstärkten Diskurs über soziale Gerechtigkeit – ein Aspekt in dem auch Liberale gefragt sind, denn Chancengerechtigkeit herrscht für diese Menschen und ihre Kinder nicht mehr.

Wir sind bereits mitten im politischen Kampf um die Zukunft Europas. Wir müssen ihn annehmen und konsequent führen – auch wenn es mühsam ist. Nur dann haben wir die Chance die Zukunftsangst mit unserem europäischen Optimismus zu besiegen. Die Alternative ist einfach: Zurück ins nationalistische System des 19. Jahrhunderts. Und das Ergebnis daraus kennen wir aus den Geschichtsbüchern.



LASSE ROTH (28) ist nach zwei Jahren schweren Herzens vor dem Brexit zurück auf den Kontinent geflohen. Seit einigen Jahren arbeitet er als Analyst für Außenpolitik. Ihr erreicht ihn unter roth@julius.de.

Wegentwicklung von den Grundüberzeugungen der liberalen Demokratie

Her mit richtigen Erklärungen!

Der Brexit

Ein Erklärungsversuch

Politik ist nicht gleich Politik – manchmal braucht es einen Umzug in ein anderes Land, um etwas so scheinbar Offensichtliches wirklich zu verstehen. Als ich mit 18 Jahren aus den Niederlanden nach London zog, war mein Verständnis der Politik beschränkt auf die meines Heimatlandes. Die sechs Jahre, die ich in Großbritannien verbrachte, haben mir aber gezeigt, dass Politik auch ganz anders laufen kann. Und tatsächlich ist es jetzt ganz anders gelaufen: Während in den Niederlanden, wie in Deutschland, die Möglichkeit, dass es ein EU-Austritts-Referendum geben könnte, sehr unwahrscheinlich scheint und eine große Mehrheit von 71% nach letzten Umfragen für den Verbleib stimmen würde, ist es im Vereinigtes Königreich zum Referendum und zum Exit-Votum gekommen.

In den meisten Nachrichten wurde über zwei Aspekte berichtet. Die Gründe der „Leave“-Wähler und die demographischen Unterschiede zwischen den „Leave“- und „Remain“-Wählern. Die „Leave“-Wähler hoffen auf zwei Dinge: die Stärkung der Souveränität und die

Verminderung von Zuwanderung. Sie sind zudem überwiegend älter sowie ärmer als die „Remain“-Wähler und leben außerhalb der großen Städte. Dies reicht jedoch nicht, um das Ergebnis des Referendums zu erklären. Dafür muss man auch einige Besonderheiten der britischen Politik betrachten.

Eliten und kleiner Mann gemeinsam gegen die EU

Zuerst ist da die Frage, wie es überhaupt zu dem Referendum kam. In vielen anderen europäischen Ländern wäre dies nur schwer möglich gewesen. Warum ist es im Vereinigten Königreich dann doch dazu gekommen? Um dies zu verstehen, muss man die Haltung der britischen Konservativen verstehen. Sie scheint die einzige Partei in Europa zu sein, die sowohl die Macht als auch den Willen hat, ein Referendum über die EU-Mitgliedschaft in ihrem Land durchzuführen. Die Frage ist also: Wieso wollten so viele Konservative ein Brexit-Referendum? Teilweise lässt sich dies anhand der wirtschaftsfreundlichen Haltung der Konservativen erklären, die viele europäische Regulierungen des Arbeitsmarktes als zu einschränkend für Unternehmen

empfangen.

Dazu kommt aber noch ein viel wichtigerer Faktor. Viele konservative Abgeordnete haben ein sehr elitäres Verständnis davon, wie Macht funktionieren sollte. Viele von ihnen haben exklusive Privatschulen besucht und an den Eliteuniversitäten Oxford oder Cambridge studiert. Dies hat zur Folge, dass die meisten ein sehr eingeschränktes Umfeld haben, in dem viele es selbstverständlich finden, dass es entweder sie oder die Personen in ihrem sozialen Umfeld sind, die politische Entscheidungen treffen. Diese Haltung führt dazu, dass die Konservativen gegen die EU-Mitgliedschaft sind, weil Brüssel andere Entscheidungen trifft als sie es tun würden. Der Idee überhaupt, dass ein Teil der politischen Entscheidungsmacht nicht bei ihnen, sondern in Brüssel liegt, widerspricht ihrem Selbstverständnis. Das ist der eigentliche Grund, weshalb viele Konservative EU-Gegner sind. Wenn sie allerdings vor der Presse über das Zurückgewinnen von Souveränität sprechen, sagen sie dies natürlich nicht. Sie

kritisieren dann mangelnde demokratische Rechenschaftspflicht in der EU, wollen aber eigentlich nur alte Machtverhältnisse wiederherstellen.

Dies ist aber nur ein Grund. Obwohl es ohne die Konservativen nicht zum Vo-

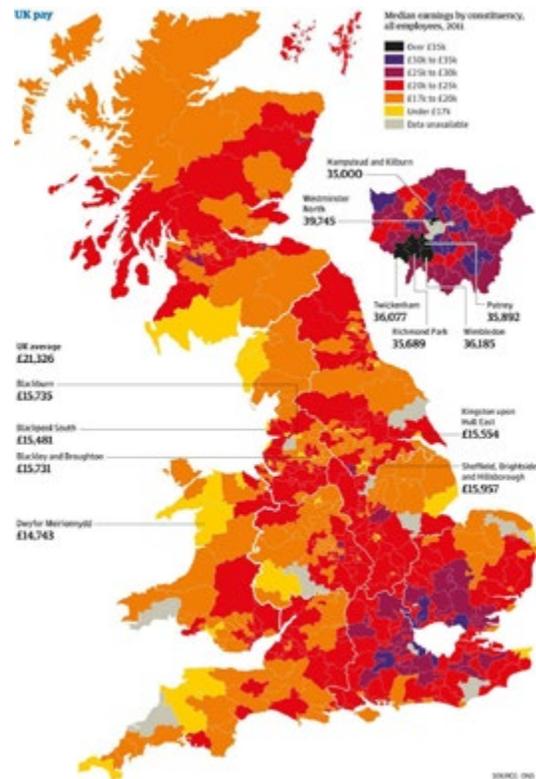
tum gekommen wäre, haben letztendlich die Wähler für den Brexit gestimmt. Es ist klar, dass die meisten Wähler kein Teil der erwähnten Elite sind. Sie haben also ganz andere Beweggründe gehabt, für den Brexit zu stimmen. Daran, dass es während der Kampagne keine Vorschläge gab, wie das Vereinigte Königreich seine internationalen Beziehungen außerhalb der EU gestalten würde, wird deutlich, dass die Briten nicht für den Brexit stimmten, weil es eine deutliche Alternative gab, sondern weil sie unglaublich frustriert über die herrschende Lage waren und so selbst eine unsichere Zukunft in Kauf nahmen.

Nationales politisches Versagen wurde der EU angelastet

Es gibt drei Bereiche, in denen die Frustration vieler Briten so stark war, dass sie überzeugt werden konnten, gegen den Status Quo zu stimmen. Zunächst ist da die soziale Ungleichheit im Vereinigten Königreich. Überhaupt hat Großbritannien im Vergleich mit anderen OECD-Ländern eine überdurchschnittliche Einkommensungleichheit (Deutschland und die Niederlande liegen jeweils deutlich unter dem Durchschnitt). Und nicht nur das, die höheren

Einkommen sind dazu sehr stark in und um London konzentriert. Dies hat zur Folge, dass in großen Teilen des Landes nichts von dem Reichtum ankommt, der im wirtschaftsstärkeren London und dem Südosten Englands erwirtschaftet wird. Zweitens herrscht im Land ein riesiger Mangel an bezahlbarem Wohnraum und vor allem an öffentlichen Sozialwohnungen. Seit den 80er-Jahren haben Einwohner von Sozialwohnungen durch das „Right to Buy“-Programm das Recht, ihre Wohnung zu kaufen. Es ist den Gemeinden aber untersagt, für dieses Geld neue Sozialwohnungen zu bauen. Dies hat dazu geführt, dass Gemeinden ihrer Pflicht, sozial Schwachen eine Wohnung zu bieten, nicht mehr nachkommen können. Drittens steht das von der nationalen Politik verwaltete Gesundheitssystem unter erheblichem finanziellen Druck, was zu einem Mangel an zum Beispiel Allgemeinmedizinern führt.

Es mag ein wenig seltsam scheinen, dass gerade diese drei Aspekte zum Brexit geführt haben sollen, wo doch keiner deutlich mit der britischen EU-Mitgliedschaft in Verbindung zu stehen scheint. Verantwortlich dafür, dass diese Themen trotzdem die Briten dazu bewogen haben, für den EU-Austritt zu votieren, sind ganz klar auch die Tabloids. Die Zeitungen („The Sun“, „The Daily Mail“, „The Telegraph“ und „The Express“) haben zusammen eine Auflage von mehr als fünf Millionen Stück. In Großbritannien sind Zeitungen nicht verpflichtet, ihre Leser objektiv zu informieren und so sind viele Meldungen und Artikel so gestaltet, dass deutlich die eigene Position untermauert wird. Diese ist nicht nur bei all den oben genannten Zeitungen seit über 20 Jahren stark negativ im Bezug auf die EU, sondern auch unverhohlen ausländerfeindlich. Es sind ausländerfeindliche Nachrichten,



welche die Frustrationen über Wohnungsmangel und Gesundheitsfürsorge mit EU-Feindlichkeit verbunden haben. Die Probleme in beiden Bereichen werden von den Zeitungen als eine Folge der Einwanderung dargestellt und nicht als Versagen der Politik. Letztendlich ist es den Zeitungen auch gelungen, die „Remain“-Seite als die Seite der beneideten, reichen Eliten darzustellen. Sie wären die einzigen, die von der EU-Mitgliedschaft profitierten, während der kleine Mann nur mit Einwanderern um Gesundheitsfürsorge und Wohnungen konkurriert.

All dies führte dazu, dass 52 % der Briten am 23. Juni 2016 für den Brexit gestimmt haben. Die Tatsache, dass es einem Teil der meist elitären britischen Politiker gelungen ist, den Briten den Brexit als ein Votum gegen die Elite zu verkaufen, hat etwas tief Ironisches, aber auch etwas sehr Trauriges. Traurig, weil es nicht die EU ist,

die die Probleme verursacht hat, die die Briten gegen die EU aufgehetzt haben. Und Traurig, weil ich nicht glaube, dass nach einem Austritt diese Probleme wirklich bewältigt werden. Sie sind das Versagen der britischen Politik, nicht der EU, und ein Austritt wird sie nur verschärfen.



KRIJN VAN EEDEN

(26) studiert im Master Philosophie an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Er hat seinen Bachelor in London gemacht und nach seinem Studium sechs Monate für die Liberal Democrats in Großbritannien gearbeitet. Er ist Chefredakteur des IFLRY-Blogs „libel“ (www.libel.iflry.com). Ihr erreicht ihn unter libel@iflry.org

Auf dem Weg zum Katzentisch

Norwegen zeigt, was Großbritannien der Brexit kosten könnte



Großbritannien ist raus und wie es weitergeht, ist ungewiss. In der Entscheidung zwischen dem bekannten Status quo und einer ungewissen Zukunft hat sich eine knappe Mehrheit für die Ungewissheit entschieden. Wie geht es jetzt weiter, was sind die Alternativen zu einer EU-Mitgliedschaft? In der Debatte wurden Alternativmodelle nur am Rande thematisiert – die Schweiz wurde erwähnt, aber auch Norwegen – beide meist aber nur als Schlagworte ohne große Argumente oder viel Sachkenntnis. Je nach Position und Kenntnisstand galten die beiden Staaten entweder als kommende Übel oder erstrebenswerte Zukunft.

Es ist also an der Zeit, sich mit einer der Alternativen zu beschäftigen, einem Land, das zu den reichsten Staaten Europas gehört, bei Lebensqualität, Demokratie- und sonstigen (positiven) UN-Indizes selten außerhalb der Top 5 landet und häufig ganz vorne zu finden ist. Einem Gründungsmitglied der UN, des Europarats und der NATO. Einem Land, das sich international und in Europa gerne einbringt, das den ersten UN-Generalsekretär gestellt hat und aktuell sowohl den NATO- als auch den Europarat-Generalsekretär entsendet hat. Einem Land, das sich zweimal in Volksabstimmungen gegen eine EU-Mitgliedschaft ausgesprochen hat – Norwegen.

Nun ist es verlockend zu sagen, dass Norwegen zeigt, dass es einem Land auch ohne EU-Mitgliedschaft gut gehen kann. Aber so einfach ist es nicht. Um das besser zu verstehen, müssen wir einige Jahre zurückblicken. Die EU, welche die Norweger erstmals 1972 und zuletzt 1994 abgelehnt haben, war eine andere als heut. Nicht wenige Aktivisten nannten sie damals einen „westeuropäischen Reicheländerclub“. Zentrales Thema war damals aber auch nicht Einwanderung, sondern vor allem Fischerei und Landwirtschaft. Auf den ersten Blick gab es also nicht viele Parallelen zu der Diskussion in Großbritannien heute, aber eine

durchaus: Die Frage nach nationaler Souveränität. Norwegen ist ein vergleichsweise junges unabhängiges Land (seit 1905) und hat eine herausfordernde Geographie, welche die Teilhabe aller Bürger nicht immer ganz einfach macht. Von Oslo aus gemessen ist Nord-Norwegen so weit weg wie Innsbruck. Oslo und Umgebung haben beide Male entschieden für eine Mitgliedschaft gestimmt, nicht ungleich London im Juni, während in Nord-Norwegen nur jeder Vierte für die EU votierte. Es gab die Angst, abgehängt zu werden. Einer der prägnantesten Slogans des Nein-Lagers war: „Der Weg nach Oslo ist weit, aber der nach Brüssel zu weit.“

Historisch gesehen hat Norwegen seine Interessen in Europa durch seine Mitgliedschaft in der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) vertreten, die ursprünglich eine Art Gegengewicht zur Europäischen Gemeinschaft (EG) sein sollte, gegründet von Ländern, die der EG nicht beitreten durften, wie zum Beispiel Großbritannien, oder dies aufgrund ihrer politischen Neutralität bis 1990 nicht konnten, wie Schweden, Österreich oder Finnland. Als die EG Ende der Achtziger die Idee des Europäischen Binnenmarkts entwarf und mit der EFTA verhandelte, waren die EFTA-Gründungsmitglieder Großbritannien, Dänemark und Portugal schon in der EG. Augenhöhe gab es also schon damals

nicht. Aber durch den Beitritt von Schweden, Finnland und Österreich zur EG sowie einem Ausscheren der Schweiz haben sich die Gewichte noch weiter verschoben.

Der im Jahre 1992 beschlossene Europäische Wirtschaftsraum (EWR), den der Laie vielleicht nur durch das Passkontroll-Zeichen am Flughafen kennt, wo er in der Europaflagge zwischen EU und Schweiz steht, regelt heute die Zusammenarbeit von EU und den EFTA-Ländern Norwegen, Island und Liechtenstein im europäischen Binnenmarkt. Abgesehen von Fischerei- und Landwirtschaftsprodukten nehmen die drei Länder also voll am Binnenmarkt teil. Deshalb ist es für EWR-Ausländer wie mich genauso einfach, hier zu leben und zu arbeiten wie zum Beispiel in Frankreich, oder naheliegender, in Schweden.

Mit diesem Wissen platzt die Illusion des unabhängigen und selbständigen Norwegens langsam. Denn durch die Teilnahme im EWR folgt auch die notwendige Durchsetzung aller EU-Regeln, die den Binnenmarkt betreffen. Kostenlos ist das alles auch nicht. Die EU lässt sich den Zugang zum Binnenmarkt bezahlen. Norwegen muss in einen Kohäsionsfonds einzahlen, der unterentwickelte Regionen der EU fördert, und zahlt auch für alle anderen EU-Projekte, an denen es teilnimmt, wie Erasmus, Horizon oder Schengen.

Anders als ein EU-Land sitzt Norwegen allerdings am Katzentisch. In Parlament, Rat und Kommission ist Norwegen nicht offiziell vertreten. Wie die norwegische Ministerpräsidentin vor wenigen Wochen

„Der Weg nach Oslo ist weit, aber der nach Brüssel zu weit.“

einem Pressevertreter erklärte, agiert Norwegen in Brüssel wie eine Lobbyorganisation „mal erfolgreich, mal weniger“. Um die formale Souveränität zu erhalten, zahlt Norwegen also einen hohen Preis. Faktisch muss das Land ohne große Mitsprache oder Einspruchsmöglichkeiten umsetzen, was ihm vorgelegt wird. Aus demokratischer und nationaler Sicht ist das eigentlich eine Katastrophe. Als norwegischer Staatsbürger kann man weder durch eine Europawahlstimme noch durch die nationale Wahl die EU-Politik irgendwie beeinflussen, lebt aber täglich mit den Konsequenzen.

Dies war Grund genug für viele aktuelle und frühere norwegische Spitzenpolitiker, von einem Brexit stark abzuraten. Zusätzlich zeigten die überwiegend negativen Reaktionen auf das Ergebnis des Referendums, dass nicht nur die politische Elite, sondern auch viele meiner EU-kritischen Freunde den Wert einer starken EU mit Großbritannien als Mitglied durchaus anerkennen und gerne davon profitieren. Nur aufgeben will man den nostalgischen Gedanken an Souveränität wohl trotzdem nicht und so bekennen sich fast alle politischen Kräfte zum EWR-Vertrag. Eine Lösung für Großbritannien dürfte das eher nicht sein.



CHRISTIAN SCHMANS (31) hat in Oslo Staatswissenschaften studiert und arbeitet dort für ein Startup im Logistikbereich. Ihr erreicht ihn unter schmans@julis.de.

6 Lehren aus dem Brexit-Referendum

1

Erstens

Liberaler glauben, dass wirtschaftliche Freiheit auf der einen Seite und gesellschaftliche Freiheit auf der anderen Seite einander bedingen und befördern. Die EU vernetzt Volkswirtschaften miteinander, sodass Frieden, Freiheit und Wettbewerb dauerhaft gesichert werden. Die EU ist also eine ziemlich liberale Angelegenheit. Auch deswegen sollte die EU nach einem möglichen Brexit ein Freihandels- und Binnenmarktabkommen mit dem Vereinigten Königreich anstreben. Außerdem muss sich die EU strukturell verändern.

Für eine Reform ist ein Umdenken in den Mitgliedstaaten erforderlich. Es waren die Staats- und Regierungschefs, die mit ihrer Uneinigkeit in der Flüchtlingsfrage zu dem Vertrauensverlust in europäische Institutionen beigetragen haben. Auch die Abschottung Europas gegen andere Weltregionen ist Ausdruck nationaler Interessen. Der geltende Vertrag von Lissabon stammt aus einer Zeit vor Euro- und Flüchtlingskrise. In einem neuen Anlauf für eine europäische Verfassung könnten sowohl eine Insolvenzordnung für Mitgliedstaaten der Eurozone als auch ein neues verbindliches Asylsystem festgelegt werden. Auch braucht die Europäische Union neue finanzielle Prioritäten. Mit über einem Drittel Ausgaben für die gemeinsame Agrarpolitik setzt sie falsche Prioritäten für die Zukunft. ●

2

Zweitens

Das Projekt Europäische Union ist für ein wesentliches Maß an Frieden, Freiheit und Wohlstand in Europa verantwortlich. Keine Brexit-Diskussion verging in den vergangenen Monaten ohne die Erwähnung der Schweiz und Norwegens. Schließlich seien Frieden, Freiheit und Wohlstand auch ohne EU möglich. Diese sei nicht mit Europa gleichzusetzen. Natürlich gibt es auch andere Formen der Zusammenarbeit in Europa. Aber nicht ohne Grund warnten gerade Vertreter der norwegischen Regierung vor einem Brexit. In einem solchen Fall habe man sich für den Zugang zum Binnenmarkt an die Spielregeln der EU zu halten und könne diese nur schwer mitbestimmen. Die EU und ihre Vorgänger setzen seit Jahrzehnten Freihandel gegen den Protektionismus der Nationalstaaten durch. ●

3

Drittens

Die Europäische Union hat nur als föderales Projekt eine Zukunft. Die Vielfalt politischer Systeme macht Europa ebenso stark wie wirtschaftlicher Wettbewerb zwischen den Regionen. Föderalismus ist der Gegenentwurf zum Schreckgespenst eines europäischen Zentralstaats. Ein Europäischer Bundesstaat schützt die Identität der Mitgliedstaaten statt sie zu zerstören. Die Forderungen nach einer Weiterentwicklung der EU sind keine fehlgeleiteten Antworten auf einen Brexit, sondern zwingende Folge. Das geht nicht? Schon im deutschen Kaiserreich nach 1871 waren Republiken (z. B. Hamburg und Bremen) mit Monarchien (z. B. Preußen und Bayern) in einem Staatsgebilde zusammengefasst. Das ist unrealistisch? In Spanien und in Italien verfügen die autonomen Gemeinschaften und Regionen über einen unterschiedlichen Grad an Autonomie. Das ist weltfremd? Schon seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon im Jahr 2009 besitzt die EU eine eigene Rechtspersönlichkeit. Der Widerstand gegen jede Weiterentwicklung der EU ist Ausdruck organisierter Mutlosigkeit. ●

Das Ergebnis des Brexit-Referendums im Vereinigten Königreich ist Anlass, über die Zukunft der EU nachzudenken. Liberale sollten sich in diese Diskussion einmischen und dabei folgende Punkte beherzigen ...



KONSTANTIN KUHLE (27) ist Bundesvorsitzender der Jungen Liberalen. Er kommt aus dem Landesverband Niedersachsen und hat Rechtswissenschaft in Hamburg und Paris studiert. Ihr erreicht ihn unter kuhle@julius.de.



— Viertens —

Die Mitgliedstaaten müssen sich zur Staatlichkeit einer föderalen Europäischen Union bekennen. Wer jetzt fordert, die EU müsse sich weniger um Gurken und Glühbirnen und mehr um die großen Linien kümmern, bekommt dafür von Lissabon bis Riga Applaus, weil er nicht sagt, was er damit meint. Die Frage ist doch: Soll der Kern des gemeinsamen europäischen Rechts weiterhin über den Abschottungstendenzen der Mitgliedstaaten stehen? Ist uns die freie Bewegung von Menschen, Gütern, Unternehmen und Kapital in Europa so wichtig, dass wir ihre Durchsetzung auch gegen die Mitgliedstaaten akzeptieren? Wenn ja, dann muss diese Durchsetzung mit der nötigen Legitimation ausgestattet werden. Diese kann der EU durch transparentere demokratische Regeln verschafft werden. Dazu gehört ein stärkeres Europäisches Parlament.

Bisher haben die Mitgliedstaaten ein Interesse an einer möglichst bürgerfernen EU. Sie lässt ausreichend Spielraum für nationale Interessen und bürokratische Sonderregelungen. Von Anfang an waren die Mitgliedstaaten selbst der Gesetzgeber der Gemeinschaft. Bei der Entscheidungsfindung in den EU-Gremien sitzen sie mit am Tisch. Kein einziger Rechtsakt wurde und wird erlassen, ohne dass zuvor ein Vertreter Deutschlands oder der anderen Mitgliedstaaten darüber abstimmen durfte. Generationen von Politikern, Wahlkämpfern und Medienmachern haben sich mit ihrem Brüssel-Bashing an der europäischen Idee versündigt. ●



— Fünftens —

Pessimisten meinen, dass eine europäische Demokratie zwangsläufig an einer fehlenden europäischen Öffentlichkeit scheitert. Leider wird eine europäische Öffentlichkeit derzeit fast ausschließlich von denen hergestellt, die die EU zerstören wollen. Dass man heute mehr über die verschiedenen Fraktionen innerhalb der Konservativen Partei Großbritanniens weiß als über die Zusammensetzung so mancher deutschen Landesregierung, ist ein Verdienst der Brexit-Kampagne. Nachdem bei der letzten Europawahl erstmals europaweite Spitzenkandidaten von den Parteifamilien nominiert wurden, wollen die Staats- und Regierungschefs dieses Verfahren beim nächsten Urnengang im Jahr 2019 nun wieder abschaffen. Damit behindern die Verantwortlichen die Schaffung einer europäischen Demokratie. Wir dürfen die europaweite Debatte über Strukturen, Werte und Ziele Europas aber nicht Nigel Farage, Marine Le Pen und Geert Wilders überlassen. ●



— Sechstens —

Viele Menschen beschwerten sich in den letzten Wochen zu Recht, dass die Befürworter eines Ausscheidens des Vereinigten Königreichs aus der EU gar keinen Plan für die Zeit danach hätten. Betrachtet man das „Weiter so“ in den Hauptstädten der Mitgliedstaaten hat man jedoch auch nicht den Eindruck, dass die anderen Mitgliedstaaten über einen Plan verfügen. Nach dem Brexit-Schock braucht es eine Diskussion darüber, wie das Miteinander der Menschen und Staaten auf unserem Kontinent in Zukunft organisiert werden soll. Um diese zu erreichen, dürfen Anhänger des europäischen Projekts nicht länger schweigen, wenn billiger Hohn und Spott über dem großartigsten Freiheits- und Friedensprojekt aller Zeiten auf unserem Kontinent ausgeschüttet werden. Es ist richtig, über die Zukunft Europas und der EU zu streiten. Wer aber meint, die EU mit Diktatur und Faschismus gleichsetzen oder seine politischen Karriereambitionen in verantwortungsloser Weise mit antieuropäischem Populismus befeuern zu müssen, hat entschiedenen Widerspruch verdient. ●

Ruhe nach dem Brexit Sturm

Braucht die EU ein Moratorium?



Wir hätten gewarnt sein können, als die Dänen im Dezember letzten Jahres in einem Referendum für ein „Opt-out“ und eine stärkere Zusammenarbeit der Polizei innerhalb der EU stimmten. In einer Zeit, in der angesichts der Flüchtlingskrise und Terrorangst wieder Grenzkontrollen eingeführt werden, riskierten die Dänen, wider jede Vernunft, Europol verlassen zu müssen. Für die Bürger aber ging es nicht darum, ob die Maßnahmen zur internationalen Strafverfolgung vernünftig sind. Es ging um mehr oder weniger EU. Am Ende war das Misstrauen gegen EU-Institutionen größer als die Hoffnung auf grenzüberschreitende Sicherheit.

Nun haben die Briten also das Unvernünftige, das Unvorstellbare, getan: Sie riskieren in einer globalisierten Welt den Zugang zu ihrem größten Markt und geben auf, die Regeln dieses Marktes mitzubestimmen. Doch um den Markt ging es den Wählern nicht. Es geht um Misstrauen, um Unzufriedenheit – mit der Politik in Brüssel und in London.

Die Distanz zwischen den EU-Institutionen und den Bürgern scheint groß. Je weltfremder oder unbeliebter die Richtlinie, desto mehr geben sich die nationalen Regierungen, die zuvor dem Unsinn mehrheitlich zustimmten, hilflos und verweisen auf Brüssel. Eine Demokratie-Reform der EU mit Initiativrecht und echter Macht der Volksvertreter wäre mehr denn je nötig. Doch die Nationalregierungen haben an einem starken EU-Parlament kein Interesse. Und mehr Macht nach Brüssel? Ausgerechnet jetzt? Wer soll das unterstützen? Viele derjenigen, die schon immer mehr Vertiefung der EU wollten, meinen, man müsse jetzt, wo die Briten nicht mehr bremsen können, erst Recht vertiefen, um gemeinsam Probleme zu lösen. Doch gerade mehr und mehr Vertiefung, ohne dass offensichtliche Probleme gelöst wurden, hat zum „Nein!“ des Volkes geführt. Wie soll man nun die die Zukunft der EU gestalten, ohne Zentralisierungsängste zu schüren und den Zerfall zu riskieren?

Ein spannendes Konzept schlug Prof. Stefan Kolev diesen Sommer bei einem Workshop der FDP-nahen Reinhold-Meier-Stiftung vor: Ein EU-Moratorium könnte jetzt die Lage beruhigen. Die EU-Erweiterung könnte für einen fixen Zeitraum auf Eis gelegt werden. Diese Zeit könnte genutzt werden, um abseits der tagespolitischen Machtkämpfe und bisherigen Zukunftspläne die Konflikt- und Problemfelder der EU auf den Prüfstand zu stellen. Ergebnisoffen könnte die Zukunft der EU dann zum Beispiel bei einem europäischen Konvent beraten werden.

Wir erleben schon lange ein ständiges Tauziehen um den Handlungsraum der EU, das ein rasches Handeln bei großen Herausforderungen unmöglich macht. Zudem wird vor und während der Austrittsverhandlungen zwangsläufig jede Vereinbarung mit einem Drittstaat zum Brexit-Politikum. Die neue UK-Regierung wird genau hinschauen, welche Vereinbarungen die EU macht. Wer mit den Briten hart verhandeln will, damit der Austritt die Ausnahme bleibt, fürchtet jede Art von EU-Privilegien ohne Mitgliedsstatus. Bereits jetzt bremst das Taktieren um den Brexit Entscheidungen. So laufen längst politische Machtspiele, die Schweiz bei der Erneuerung von Verträgen mit Blick auf die

Briten schlechter zu stellen. Vieles spricht dafür, die Brexit-Bedingungen abzuwarten, bis man jetzt Veränderungen vornimmt.

Wer wollen wir sein?

Gleichzeitig werden vereinzelte Reformen für ein Zukunftsmodell EU nicht reichen. Gerade, dass Wirtschaft und Sicherheit nicht mehr als Argumente für ein Miteinander reichen, zeigt, wie tief die Sinnkrise der EU ist. Die alten Visionen begeistern die Bürger nicht mehr. Spätestens die Flüchtlingskrise hat gezeigt: Es gibt kaum Solidarität, kein kollektives Verantwortungsbewusstsein, kein harmonisches Verständnis von Humanität und Rechtsstaatlichkeit in der EU. Unterm Strich zählt doch meist nur, was dem Mitgliedsstaat nützt.

Die Prioritätensetzung der EU-Kommissare überzeugt nicht: Vorstöße für kleinkarierte Richtlinien scheint es nie genug zu geben. Aber humane Asylbedingungen und einen klaren Rechtsstaat in Ungarn hat man aufgegeben. Wir müssen den Sinn und Zweck der EU neu ausdiskutieren und uns die Fragen stellen, wer wir sein wollen und wie. Welche Ansprüche haben wir in Bezug auf Gleichberechtigung, Rechtsstaatlichkeit, Minderheitenschutz? Was ist unsere Leitlinie in der Außenpolitik? Bei einem Konvent könnte man Modelle ausloten von Minimalkonsens bis Bundesstaat. Und nach dem Brexit müssten sich die Länder Europas fragen: Wollen wir in Zukunft dabei sein und uns zu diesen Grundsätzen verpflichten?

Ein neues Bekenntnis zu gemeinsamen Werten, Grundsätzen und Zielen der EU, eine Erneuerung des Staatenbundes würde, selbst wenn sich nicht jedes Land erneut verpflichtet, zu neuer Geschlossenheit führen. Geschlossenheit, welche die EU dringend braucht in einer Zeit, in der die außenpolitischen Linien der USA für die nächsten vier Jahren noch nicht absehbar sind und Russland und die Türkei sich zu gefährlichen Diktaturen entwickeln, die militärischen Einfluss jenseits ihres Staatsgebietes als selbstverständlich betrachten.



BERET ROOTS (30) arbeitet als Diplom-Psychologin in Kiel und leitet den BAK Gender & Diversity. Sie war 2014 Europakandidatin und engagiert sich für die JuLis international bei IFLRY und LYMEC. Ihr erreicht sie unter roots@julis.de.



**MACHT KAPUTT,
WAS UNS
KAPUTT MACHT!**

Kritik an der Europäischen Union ist so alt wie die Union selbst. Das Parlament ist kein richtiges Parlament, die Kommission ist keine richtige Regierung, die EU ist zu langsam, die EU blockiert sich selbst, die Nationalstaaten geben nicht genug Souveränität ab, die Nationalstaaten geben zu viel Souveränität ab. Und so weiter.

Wir stellen fest, die EU ist, egal aus welchem Winkel wir sie betrachten, nicht wirklich das, was sich irgendwer in Europa gewünscht hat. Wir halten aber an ihr fest, da sie das wahr gewordene Versprechen von Frieden und Wohlstand ist. Weil sie Europa vereint – offene Grenzen, freier Binnenmarkt, gemeinsame Stärke auf der Weltbühne – und weil wir uns nicht so richtig vorstellen können, was sie ersetzen könnte, ohne, dass eben dieser Frieden und Wohlstand gefährdet würde.

Doch ist die EU wirklich noch die Garantie für all diese Dinge? Oder ist sie nicht mittlerweile Teil des Problems? Unsere gemeinsame Stärke hat durch Krisen der offenen Grenzen und des freien Binnenmarkts sowie den Brexit erheblich gelitten. Die EU hat längst damit begonnen, sich selbst Steine in den Weg zu legen. Sie gilt allgemein als nicht reformierbar. Und alles was den Verantwortungsträgern dazu einfällt, ist der Ruf nach Reförmchen.

Wir, die wir uns als liberal verstehen, vielleicht auch als progressiv, wollen mutig, frei und innovativ sein. Doch hört man uns über die EU reden, fragt man sich immer öfter, ob wir diesem Anspruch überhaupt gerecht werden. Da gilt es dann als mutig, wenn man Kritiker der Europäischen Union in die Schranken weist, weil Kritik an diesem Friedensprojekt nicht angebracht wäre. Innovativ ist dann die Forderung nach der Stärkung einer europäischen Öffentlichkeit, vielleicht über richtige europäische Parteien. Wirklich fort-

schrittlich ist das alles nicht. Doch gerade jetzt ist die Zeit für Utopien! Eine Utopie, die gerade sehr in den Fokus der Öffentlichkeit gerutscht ist, ist jene der Europäischen Republik. Die wohl leidenschaftlichste und zugleich konkreteste Kämpferin für die Idee einer „res publica Europaea“ ist ohne Frage Ulrike Guérot. Ihr Buch „Warum Europa eine Republik werden muss“ ist eine Kampfansage an die europäischen Populisten von links und rechts aber auch an die Besitzstandswahrer, die die EU in ihrer jetzigen Form zum heiligen Gral erklärt haben.

Sie zeichnet das visionäre Bild eines Europas der Regionen, ohne Nationalstaaten, bei dem jeder Europäer vor dem Gesetz gleich ist: Gleichheit bei Wahlen, gleicher Zugang zu sozialen Rechten. Im Gegensatz zur heutigen Praxis in der EU folgt man in Guérots Europäischer Republik dem Prinzip der Gewaltenteilung. Das Zweikammerparlament erhält ein Initiativrecht und kann selbstständig seine Finanzen planen. Die Regierung wäre nicht mehr Hüterin der Verträge. Diese Aufgabe würde der Europäische Gerichtshof übernehmen.

Ulrike Guérot entwirft ein relativ genaues Bild einer Europäischen Republik, unterstreicht aber, dass es sich bei ihrer Vision lediglich um eine Einladung zum Denken handelt und kein Gedanke final ist. Nehmen wir diese Einladung an. Stellen wir alles bisher Gekannte infrage und zeichnen wir gemeinsam in einer gesamteuropäischen Bewegung unser Bild einer freidemokratischen Europäischen Republik. Ohne Tabus, ohne Grenzen.

Es ist Zeit für ein zukunftsfähiges Europa. Für ein Europa der Bürgerinnen und Bürger. Ein Europa, in dem Demokratie wieder einmal neu erfunden wird. Ein Europa, in dem wir alle etwas zu sagen haben.



PETER KASTSCHAJEW (26) studiert Politikwissenschaften, Verwaltungswissenschaften und Soziologie mit dem Fokus auf internationaler Politik. Er ist europapolitischer Sprecher und Landesvorstandsmitglied der FDP Berlin. Ein funktionierendes und vereintes Europa ist für ihn die wichtigste Zukunftsaufgabe, die seine Generation zu lösen hat. Ihr erreicht ihn unter kastschajew@fdp-berlin.de



Problemkind

EU

Die Entscheidung des Vereinigten Königreichs zum Brexit ist in Brüssel und Straßburg noch nicht verdaut. Eine Ratlosigkeit beschleicht die sonst meinungs- und entscheidungsfreudigen Offiziellen der Europäischen Union. Was nun?

Denn die Lage der Union ist schwierig. In ganz Europa sind Parteien auf dem Vormarsch, die der Idee der EU ganz grundsätzlich widersprechen. Sei es der Front National in Frankreich, die FPÖ in Österreich oder die AfD in Deutschland. Sie vereint nicht nur die Ablehnung der EU, sondern auch ein tiefer Hass auf Ausländer, Einwanderer und Muslime. Es ist jetzt die Aufgabe der EU herauszufinden, woher die Unterstützung für diese Parteien und Positionen kommt.

Dabei sollten sich die Machtmenschen in Brüssel auch einmal an die eigene Nase fassen. In den letzten Jahren wurde die Kompetenzerweiterung in Brüssel mit einer beinahe religiösen Überzeugung vorangetrieben. Es gilt bei vielen Politikern immer noch die Fehlanalyse, dass nur gigantische staatliche Strukturen im 21. Jahrhundert erfolgreich sein können. Möglichst viele Menschen sollen einer Regierung unterstellt werden. Das ist natürlich vollkommen in Ordnung, sofern die betroffenen Bürger das auch wünschen. Frieden kann man aber auch ohne Institutionen mit freiem Handel und offenen Grenzen erhalten.

Der EU fehlt es an Legitimation

Doch gerade dies ist im Falle der „ever closer union“, der „immer engeren Union“, zu bezweifeln. Volksabstimmungen über neue EU-Verträge sind in der Geschichte der EU nur sehr spärlich zu finden. Wenn es sie doch gab waren ihre Ergebnisse, sofern negativ, auch nicht Grund für ein Innehalten oder Nachdenken. Entweder die Referenden werden ignoriert oder es wird, wie in Irland, einfach noch einmal abgestimmt, damit das Ergebnis passt.

In den meisten EU-Ländern wird jedoch über solche Dinge nicht abgestimmt. In Deutschland hat es nie eine direkte Abstimmung über Belange der Europäischen Union gegeben. Dabei sind Referenden eine wunderbare Sache, um eine politische Entscheidung nicht vertreten zu müssen und eine Diskussion nachhaltig zu beenden. Es würde also die europäische Union mit einer viel weitergehenden Legitimation ausstatten, wenn alle Länder eine entsprechende Volksabstimmung durchführen. Bis dahin ist das Feld in zwei Extreme geteilt. Die Einen, die alles, für das die EU steht, ablehnen und die Anderen, die keinerlei Probleme in der EU erkennen können. Was jetzt stattfinden muss, ist eine grundsätzliche, konstruktive Debatte über alle Aspekte der Union.

Ein einfaches „Weiter so!“ darf es nicht geben. Das britische Referendum hat gezeigt, wie es gehen kann. Eine demokratische Entscheidung, die am Ende von allen akzeptiert wird. Nur von der EU nicht. Mit geschwollener Brust und dem ihm eigenen Machtgefühl stellte sich Martin Schulz, nur Stunden nach der Veröffentlichung des Ergebnisses, vor die,

ihm so wichtigen, Fernsehkameras. So schnell wie möglich müsse London jetzt auf Artikel 50 zugreifen. Souveränität sieht anders aus.

Europa ist mehr als nur die EU

Auf dem Festland gibt man Johnson, Gove und Farage die Schuld am Brexit. In Wahrheit haben sie nur das geäußert, was ein Großteil der Briten schon länger dachte. Westminster war das Einzige, das die EU noch bremste, doch den Bürgern des Vereinigten Königreiches reichte das nicht mehr.

Denn der „europäische Bundesstaat“, wie er von seinen Freunden genannt wird, ist ein edles Ziel. Er wird jedoch Europa nicht gerecht. Einem Kontinent mit einer Geschichte, die ihres gleichen sucht. Ein EU-Staat geht von der Annahme aus, dass man die Menschen von Lissabon bis Helsinki unter einen Hut packen kann und eine vernünftige Gesetzgebung in Brüssel möglich ist. Das ist nicht nur unrealistisch – es ist auch nicht umsetzbar. Sollte die Erweiterung der EU ununterbrochen weitergeführt werden, so ist mit dem Austritt der nächsten Mitgliedsstaaten zu rechnen. Wir sollten auf die Warnungen hören und für mehr Verstaatlichung der EU nicht alles aufs Spiel setzen. Nach tausenden von Jahren ohne EU hat Europa sich das verdient.

Wer die EU aufs Spiel setzt, riskiert mehr als nur den Brüsseler Regulationshut abzuwerfen. Auch wirklich positive Dinge, der freie Verkehr von Menschen, Waren, Kapital und Dienstleistungen sind die größten Errungenschaften in der Geschichte dieses Kontinents. Der Brexit sollte ein Aufbruchssignal sein zu einer EU, die wieder das tut, für das wir sie alle lieben. Sie soll uns freien Handel, freie Marktwirtschaft und damit Wohlstand bringen. Sie soll uns nicht regulieren, nicht einheitlicher machen und uns nicht regieren.

Die EU muss sich ändern. Sie ist wichtig für Europa. Europa aber ist mehr als nur die EU.



MORITZ VOELKNER (20) studiert in Münster und ist Landesprogrammmanager der Jungen Liberalen Niedersachsen. Den Brexit fand er nicht so dramatisch wie viele andere. Ihr erreicht ihn unter voelkner@julius.de.



Europa ist tot? Es lebe Europa!

Am 23. Juni 2016 entschied sich in Großbritannien eine Mehrheit der Wähler dafür, die Europäische Union zu verlassen. Nicht nur ökonomisch bricht damit ein wichtiger Teil des europäischen Binnenmarktes weg, auch politisch verlieren wir Europäer damit ein gutes Stück Einfluss in der Welt – und nicht zuletzt einen engen und wichtigen Partner, der insbesondere auch die Fahne der Marktwirtschaft stets hochgehalten hat.

Trotz der bedauerlichen Entscheidung der Briten, die wir natürlich zu akzeptieren haben, bietet der Brexit auch Chancen, denen wir uns nun optimistisch zuwenden sollten: Wir dürfen diesen Moment jetzt nicht (wieder) den EU-Gegnern und Fortschrittsfeinden überlassen, die sich europaweit die Finger lecken – wir müssen ihn nutzen, um Europa noch besser zu machen!

Die Zeit, in der wir nur den Populisten hinterhergelaufen sind, statt ihnen mutig entgegenzutreten, muss nun vorbei sein: Statt weiter den Kopf in den Sand zu stecken und uns selbst klein zu machen, müssen wir nun endlich den Mut haben, die Probleme, die uns erst in die heutige Lage geführt haben, anzugehen und Europa wieder handlungsfähig zu machen. Das geht nur, wenn wir endlich die Karten auf den Tisch legen und eine echte Debatte über Kompetenzen und Strukturen führen. Dazu gehört auch, endlich den Mut zu haben, mit den Bür-

gern Europas in einen Dialog darüber zu treten, was Europa ist und was es sein sollte. Viel zu lang haben die nationalen Staats- und Regierungschefs allein unter sich und hinter verschlossenen Türen darüber verhandelt, wie die Zukunft der EU aussehen soll. Dass sich dabei viele Bürger nicht mitgenommen gefühlt haben und dementsprechend eine gewisse Ferne zur europäischen Politik verspürten, ist daher mehr als verständlich.

Der Intergovernmentalismus der letzten Jahre hat versagt. Man braucht sich nicht wundern, dass viele die Europäische Union als undemokratisch ansehen, wenn man wichtige Entscheidungen am Ende doch nicht vom EU-Parlament treffen lässt, sondern lieber im Europäischen Rat zwischen den Mitgliedsstaaten ausklüngelt. Rückschritte zu mehr Kleinstaaterei, wie beispielsweise zuletzt geschehen bei der Entscheidung, CETA als gemischtes Abkommen zu behandeln, oder Merkels Ankündi-

gung, in der Flüchtlingskrise nun verstärkt auf zwischenstaatliche Vereinbarungen zu setzen, wären daher genau der falsche Weg und würden die Fliehkräfte nur weiter verstärken.

Stattdessen braucht es eine viel klarere Abgrenzung der alleinigen Kompetenzen von EU und Mitgliedsstaaten. Das, was nur gemeinsam gelöst werden kann, dazu gehören zum Beispiel die Handels-, Binnenmarkts-, Asyl-, Einwanderungs-, Energie-, Klima-, Außen- und Verteidigungspolitik, muss endlich auch allein von der EU geregelt werden können. Das hingegen, was die Mitgliedsstaaten besser selbst bestimmen können, soll dafür auch allein ihnen überlassen werden. Auch wenn dieses Subsidiaritätsprinzip in der EU bereits formal weitestgehend verwirklicht ist, scheitert es doch oftmals an der realen Umsetzung.

Denn diese setzt freilich auch voraus, dass aus einem System, auf das man sich gemeinsam geeinigt hat, resultierende Beschlüsse der EU von den Mitgliedsstaaten, auch wenn sie einmal nicht gleicher Meinung sein sollten, entsprechend der gemeinschaftlich getroffenen Entscheidung umgesetzt und mitgetragen werden. Es kann also nicht sein, dass einige Staaten bindende Verpflichtungen, wie zuletzt

den Beschluss über die Verteilung von 120.000 Flüchtlingen, einfach nicht umsetzen. Denn wie es das Bundesverfassungsgericht in seinem Lissabon-Urteil formuliert: „Integration setzt den Willen zur gemeinsamen Gestaltung und die Akzeptanz einer autonomen gemeinschaftlichen Willensbildung voraus.“ Gleiches gilt auch für andere unabgestimmte nationale Alleingänge, wie zum Beispiel das deutsche Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), welches die gesamte europäische Klimapolitik, insbesondere das Emissionshandelssystem, direkt torpedierte.

Wir sind keine Utopisten!

Die EU ist ein politisches Jahrtausendprojekt, das, wie Jean Asselborn richtig sagt, bis heute liberale Utopien Realität werden lässt und sie ist im Prinzip ein Sieg des Liberalismus auf ganzer Linie, wie man sich ihn nach dem Zweiten Weltkrieg wirklich nur erträumen konnte.

Es ist angesichts dessen wirklich erstaunlich, wie es jahrelange Propaganda von links- und rechtsautoritären Protektionisten, denen der weltoffene, freiheitliche und marktwirtschaftliche Kurs der EU natürlich ein Dorn im Auge ist, verbunden mit der Feigheit nationaler Politiker, schaffen konnten, ein Klima zu schaffen, indem wir Europäer fast schon drohen, selbst dieses bereits bestehende System wieder aufzugeben. Manchmal kommt einem das so vor, als hätten Neil Armstrong, Buzz Aldrin und Michael Collins kurz, bevor sie auf dem Mond landeten, gesagt: „Komm, lass umdrehen; es funktioniert ja doch nicht ...“

Liegt es daran, dass wir immer noch nicht realisiert haben, wie die Utopie zur Realität wurde oder, dass diese viel zu schnell normal geworden ist? Egal: Obwohl wir es nicht glauben mögen – dieser Grundkonsens gerät durch eine laute Minderheit fortschritts- und globalisierungsfeindlicher ewig Gestriger langsam ins Wanken. Deshalb müssen parteipolitisches Kleinklein und innerstaatliches Machtgerangel nun endlich einmal hintenanstehen und wir in dieser Sache geschlossen für Europa als Ganzes kämpfen.

Keine Frage: Natürlich gibt es auch Politiken in der EU, die man durchaus für sehr kritisch halten kann. Doch statt dabei immer sofort die Systemfrage zu stellen und die Europäische Union als solche dafür verantwortlich zu machen oder gar ganz in Frage zu stellen, sollten wir uns vielleicht einfach mal mit den Einzel-

entscheidungen und deren Trägern beschäftigen. Es ist nicht „die EU“, die ein Gesetz erlässt, sondern gewählte Abgeordnete, Kommissare und Parteien, die man auch gezielt dafür kritisieren kann. Stattdessen kommen diese, genauso wie viele nationale Politiker, dadurch bisher viel zu einfach mit viel Unsinn davon – es war ja „die EU“.

Dass in einem an sich guten System auch falsche Entscheidungen getroffen werden können, ist völlig normal, nur sollte man dies dann auch nicht dem System als solchen anlasten. Niemand würde ganz Deutschland dafür verantwortlich machen, wenn die Bundesregierung wieder ein unsinniges Gesetz ausarbeitet. Warum also die ganze EU für einen einzelnen Kommissar? Statt also ständig aus jeder Lappalie eine fundamentale „Pro/Contra EU“-Debatte zu machen, sollten wir uns lieber verstärkt auf eine „Pro/Contra Politik“-Diskussion konzentrieren.

Die eine Zukunft

Nun wird es aber einige geben, die fragen: „Aber haben wir nicht dennoch auch ein strukturelles Problem im System selbst?“ Ja, das haben wir! Nur liegt dieses Problem tatsächlich nicht auf europäischer Ebene, sondern zum größten Teil bei den Nationalstaaten. Wer beispielsweise beklagt, dass die EU keine Lösungen für große Fragen wie die Flüchtlingskrise zu haben scheint, dem sollte bewusst sein, dass Vorschläge für beispielweise ein europäisches Asylsystem, inklusive Verteilungsschlüssel, Grenzschutz und Küstenwache, schon seit Jahren auf dem Tisch liegen, nur bisher leider am Widerstand der Mitgliedsstaaten, in diesem Fall vor allem Deutschlands, gescheitert sind. Auch Forderungen wie das EU-einheitliche Wahlrecht, eine kleinere Kommission und sogar die Europaarmee stehen wie das oben genannte EU-Asylsystem eigentlich schon lange in den Europäischen Verträgen. Es sind die nationalen Politiker, die aus Machtgründen entsprechende Vorhaben bisher stets gestoppt haben. Wer also beklagt, dass auch im System EU selbst noch Fehler zu lösen sind, auch wenn

sie kleiner sind als oft vermutet, der hat vollkommen recht. Jetzt gilt es nur noch, die nationalen Politiker davon zu überzeugen, ihre Blockadehaltung aufzugeben. Denn an Europa selbst sind diese Forderungen bisher nicht gescheitert.

Ja, derzeit befinden wir uns in einer schwierigen politischen Lage. Aber wollen wir es wirklich dabei belassen? Wollen wir uns damit wirklich vor den Europafeinden geschlagen geben? Oder wollen wir nicht aufstehen und um unsere eine Zukunft – die, wie Genscher sagt, nur in Europa liegen kann – kämpfen? Es gab doch schon viel größere Krisen, die wir gemeinsam gelöst haben!

Und wir sollten auch eines nicht vergessen: Die Umfragewerte für die EU sind zwar nicht brillant, aber auch nicht katastrophal und zuletzt sogar wieder gestiegen. In Deutschland liegen sie, auch noch in der derzeitigen Krise, bei einer Mehrheit von 50% und selbst in Ländern wie Ungarn und Polen, denen man fälschlicherweise oft Europafeindlichkeit nachsagt, erreicht die EU immer noch Zustimmungsraten von sogar 60 bis über 70 Prozent.

Den derzeit wachsenden antieuropäischen Populismus in Europa also als Todesgeläut der Europäischen Integration zu werten, wäre sowohl unangemessen wie auch vorschnell. Die EU-Gegner sind größtenteils immer noch nur eine kleine, laute Minderheit, die der vermeintlich „guten alten Zeit“ hinterher weinen. Entsprechend stünde es uns gut zu Gesicht, ihnen nicht im vorauseilenden Gehorsam hinterher zu rennen. Stattdessen sollten wir auch in dieser Frage die Sorgen und Anliegen der Bevölkerung ernst nehmen, aber ruhig, ehrlich und offen, sowie in der Sache optimistisch, überzeugt und mutig diskutieren. Dann können wir auch die Herzen der Bevölkerung wiedergewinnen, um Europa gemeinsam nach vorn bringen und damit fortzufahren, womit die europäischen Gründungsväter begannen: Liberale Utopien in die Realität umzusetzen.



PHIL HACKEMANN (21) ist stellvertretender Bundesvorsitzender für Programmatik der JuLis und Student der Soziologie, Politik und Ökonomie. Ihr erreicht ihn unter hackemann@julis.de.

Liebe JuLis,

Brexit, TTIP-Verhandlungen, Putsch in der Türkei, etc. zeigen wie wichtig ein starkes Europa und insbesondere die Europäische Union für Deutschland sind. Doch wie wird unser Kontinent von anderen Teilen der Welt gesehen und welche Verantwortung haben wir?

Dies wollen wir euch heute als Internationales Komitee zeigen. Viel Spaß beim Lesen.

Eure Katharina



NOCH FRAGEN?

Bei Fragen zu unserer internationalen Arbeit steht Dir unser International Officer, Katharina (schreiner@julis.de) oder das Internationale Komitee (intkom@julis.de) gerne Rede und Antwort.

Europas Verantwortung im Nahen Osten



LARISSA SAAR (20) ist Leiterin der IntKom Gruppe Naher Osten/Nordafrika und Studierende für Englisch und Politik in Bonn. Ihr erreicht sie unter larissa.saar@julis.de.

Die Nachwirkungen des europäischen Kolonialismus in Afrika sind weitreichend bekannt und ausführlich diskutiert. Doch auch im Nahen Osten hat die weltweite Ausdehnung europäischer Macht bis weit in das 20. Jahrhundert hinein tiefgreifende Spuren hinterlassen. Man denke dabei nur an das Sykes-Picot Abkommen von 1916, in dem französische und britische Staatsmänner die - bis heute bestehenden - Grenzen der Region willkürlich festlegten. Oder die Folgen für Israel und Palästina, deren nach Rückzug des britischen Mandats 1948 aufgeflammter Konflikt bis heute nicht beigelegt werden konnte.

Was heißt das nun für Europa in Bezug auf den Nahen Osten? Europa muss sich seiner Verantwortung stellen und darf nicht repressive Regime dulden oder gar unterstützen, um sich so selbst vor den Folgen der Konflikte zu schützen (z. B. Kooperation mit Erdogan in der Türkei und dem ehemaligen Regime Gaddafis zur Abschwächung des Flüchtlingsstroms nach Europa). Damit soll nicht gesagt werden, dass ein Dialog von vorneherein abzulehnen ist. Die Konflikte des Nahen Ostens zu lösen ist nicht in erster Linie Aufgabe Europas und Europa ist sicherlich auch nicht ausschließlich dafür verantwortlich zu machen. Die Betrachtung des Nahen Ostens als kulturell vielfältige und gleichwertige Weltregion mit großem Entwicklungspotential und nicht nur als Brutstätte für Konflikt und Terror wäre jedoch von großer Bedeutung für die Stärkung liberaler Bestrebungen und einer - aktuell möglicherweise utopisch wirkenden - stabilen und friedlichen Demokratisierung.

Freihandel zwischen EU und Afrika



ALICE SCHMIDT (26) ist Leiterin der IntKom Gruppe Afrika und Volunteer Manager in Berlin. Ihr erreicht sie unter alice.schmidt@julis.de.

Die EU kann aggressiv sein. Nicht unbedingt gegen künstlich am Leben gehaltene demonstrierende Milchbauern, die weitere Milliarden einfordern. Dafür ist die EU umso aggressiver, wenn es um die Umsetzung der Pläne zu Freihandelsabkommen geht. Die 78 AKP-Staaten (vor allem Entwicklungsländer in Afrika und in der Karibik) sollen alle die Freihandelsabkommen (EPAs) unterschreiben und ihre Märkte für subventionierte EU-Produkte öffnen - unabhängig von WTO-Standards, welche die Abschottung vor subventionierten Produkten erlauben. Kenias Unterschrift im Jahr 2015 ist ein Beispiel von vielen. Die vergleichsweise gut entwickelte Zivilgesellschaft erstritt 10 Jahre lang, dass Kenias Politiker nicht unterschrieben. Daraufhin führte die EU 2014 Strafzölle ein. Dies war für die gut ausgebaute Schnittblumenproduktion aber auch für viele Gemüselandwirte ein gewaltiger Eingriff. Es wird geschätzt, dass 200.000 Arbeitsplätze dadurch verloren gingen und bevor noch mehr in Gefahr gerieten, unterschrieb auch Kenia 2015 gegen den Willen der eigenen Bevölkerung. Den EU-Milchbauer freut es: Nun kann er seine Überschüsse endlich in Kenias Markt pumpen.

Einmal Malle und zurück



MITJA SCHULZ (26) ist Leiter der IntKom Gruppe Europa und Student in Global Studies in Berlin. Ihr erreicht ihn unter mitja.schulz@julis.de.

Zum Strandurlaub auf Mallorca kommt man aus Berlin günstiger als an die Ostsee. Heute kostet ein Flug von London-Stansted nach Köln-Bonn weniger als der Zug von der Londoner Innenstadt zum Flughafen. Mancher Student pendelt lieber mit dem Flugzeug von Danzig nach London, weil die Mieten in der englischen Metropole so hoch sind.

In den letzten Jahrzehnten sind die gelebten und gefühlten Entfernungen in Europa immer schneller immer kürzer geworden. Gerade

junge Menschen nehmen diese Errungenschaften der europäischen Integration wie selbstverständlich wahr.

Mit dem Slogan „Bratwurst gegen Brexit“ haben die Jungen Unternehmer im Vorfeld des britischen Referendums für den Verbleib in der EU geworben. Genützt hat es nichts. Die Briten werden sich verabschieden. Und die jungen Menschen? Nur 36 Prozent der 18- bis 24-jährigen haben ihre Stimme abgegeben. Die geringe Wahlbeteiligung junger Menschen ist auch ein Problem in Deutschland und fordert deshalb gerade uns Junge Liberale zu Taten auf – sofern wir richtungsweisende Entscheidungen für unsere Zukunft nicht anderen Generationen überlassen wollen.

Brexit und Asien



MARIANNE SCHÄFER (26) ist Leiterin der IntKom Gruppe Asien und Studierende der Microelectronics and -systems in Freiburg. Ihr erreicht sie unter marianne.schaefer@julis.de.

So groß Asien ist, so unterschiedlich sind die Ansichten über Europa. Eins haben aber (fast) alle gemeinsam: gute wirtschaftliche Beziehungen zu Europa sind wichtig oder zumindest erstrebenswert. Dabei dient im Moment Großbritannien für viele als der Zugangspunkt zum europäischen Markt. Vermutlich insbesondere deswegen haben sich mehrere der großen wirtschaftlichen Player in Asien, unter anderem China, Indien und Japan, auch deutlich für einen Verbleib Großbritanniens in der EU ausgesprochen. So hieß es aus Indien, dass „ausländische Firmen nicht weiterhin von solchen Entscheidungen ausgeschlossen bleiben könnten“. Indien ist derzeit die drittgrößte Quelle von ausländischen Direktinvestitionen in Großbritannien. Japan hat derweil noch ein ganz anderes Problem. Durch den Brexit ausgelöste Instabilitäten der Finanzmärkte könnten den Yen in die Höhe treiben und damit Japans Wirtschaft schaden. Außerdem sehen die Japaner sowie auch Malaysia und Thailand die laufenden Verhandlungen in den jeweiligen Freihandelsverträgen gefährdet. Insgesamt hört man auch aus Asien ein „Britain, what did you do?“.

Olympia in Rio



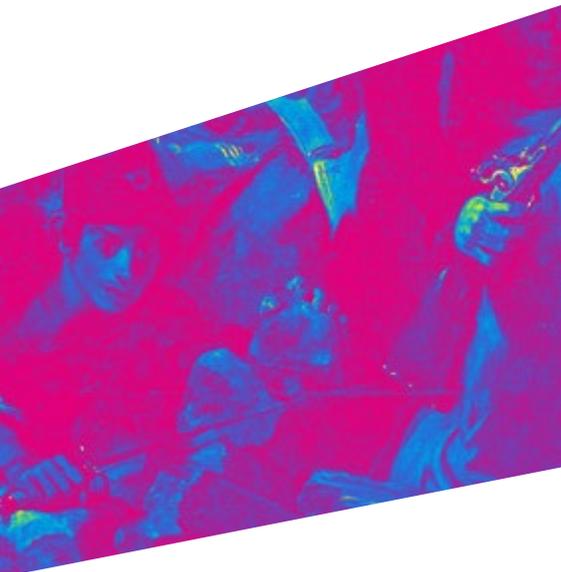
YANNICK HOPPE (22) ist Leiter der IntKom Gruppe Lateinamerika und Studierender der Rechtswissenschaften aus Hilden. Ihr erreicht ihn unter yannick.hoppe@julis.de.

Die Olympischen Spiele in Rio de Janeiro sind vorbei und wie zuletzt bei der Fußball-Weltmeisterschaft, stellten sich viele die Frage, ob Länder wie Brasilien, die seit Jahrzehnten unter Korruption, Armut, einer schlechten Infrastruktur und Bildungsdefiziten leiden, Austragungsort für sportliche Großveranstaltungen sein dürfen. „Unsere Stadt wächst durch die Spiele zusammen. Rio wird lebenswerter und gerechter“, sagt der Bürgermeister, Eduardo Paes, natürlich ein Befürworter der Sommerspiele. Doch viele Versprechungen, die die Politik der Bevölkerung gemacht hat, wurden nicht gehalten. Nach wie vor ist das Schmutzwasserproblem nicht gelöst, die Infrastruktur ist überlastet und wichtige Investitionen flossen vor allem in Bezirke, die durch wohlhabende Bewohner geprägt sind. Stattdessen gibt es neue Korruptionsskandale um die Bauten des Olympischen Dorfes und der Stadien. Deshalb wünschen sich mittlerweile viele Brasilianer, dass die Olympischen Spiele 2016 nicht am Zuckerhut zelebriert würden. Ein bitteres Fazit einer sportbegeisterten Nation.



Warum ein Liberaler kein Nationalist sein kann

Wir leben in bewegten Zeiten, in denen viele politische Fragestellungen eine immer weiter zunehmende Komplexität erreichen. Das ist einer von vielen Gründen, aus denen sich eine erschreckend große Zahl von Bürgerinnen und Bürgern in ganz Europa, aber auch den USA, nach der gemütlichen, unkomplizierten Einfachheit von klaren, undurchlässigen Grenzen zurücksehnt. Jeder in seiner eigenen Komfort-Zone – das da draußen braucht uns dann ja nicht mehr interessieren.



Der Brexit ist nur eines von vielen Symptomen, wenn auch das bislang schwerste, der sich wieder ausbreitenden Krankheit des Nationalismus. Eine Krankheit, gegen die auch überzeugte Liberale nicht geimpft sind. Die Wählerwanderung von der FDP zur AfD ist ein Indiz dafür, aber auch hin und wieder zu beobachtendes Verständnis seitens langjähriger FDP-Anhänger für das Liebäugeln mit den Nationalisten. Doch ist das überhaupt vereinbar? Kann ein überzeugter Liberaler überhaupt irgendetwas für nationalistische Ansichten übrighaben, ohne sich selbst zu verraten? Kann es so etwas wie „National-Liberalismus“ geben?

Europa ist ein Projekt der Freiheit

Die Idee der Europäischen Einigung ist viel mehr gewesen als nur die politische Notwendigkeit als Antwort auf die Schrecken der Weltkriege. Sie ist ein ganz bewusster Schritt gewesen in Richtung der Überwindung enger nationaler Grenzen. Die mediale Aufmerksamkeit dieser Tage stürzt sich mit viel Liebe zum Detail auf die Probleme Europas im Bezug auf die Bewältigung von zum Beispiel Flüchtlings- oder Griechenland-Krise. Oft vergessen wird dabei leider, dass Europa zu allererst ein Projekt der Freiheit ist.

Es gibt wenige Möglichkeiten, die Freiheit des Individuums stärker einzuschränken, als ihm die Recht auf freie Bewegung zu nehmen. Am stärksten manifestiert sich dies natürlich durch die Macht eines Staates zur Verhängung von Gefängnisstrafen oder dergleichen. Doch andere Wege dieser Beschränkung sind immer schon und auch heute staatliche Grenzen gewesen. Die europäische Einigung hat uns diese Grenzen de facto genommen. Der Zuwachs an Freiheit, den uns diese Entwicklung gebracht

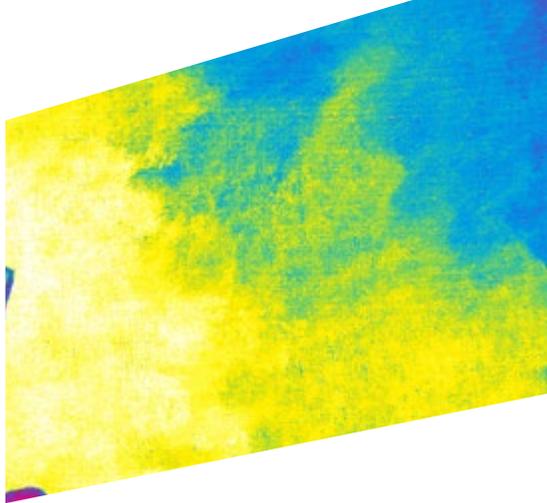
hat, ist immens, wird aber dennoch in der öffentlichen Debatte häufig nur als nette Selbstverständlichkeit dargestellt. Dabei ist dies einer der größten Schritte auf dem Weg zu mehr Freiheit für jeden Deutschen und alle anderen Europäer gewesen. Kurz: Ein Schritt entgegen der Richtung des Nationalismus.

„Europa hat seinen Preis, ja, aber es hat auch seinen Wert.“

Es ist die erste Pflicht eines jeden Liberalen, für die freie Entfaltung und Autonomie des Individuums einzustehen. Das ist das bedingungslose und grundlegendste Prinzip, auf dem alle liberalen Forderungen und Entscheidungen aufgebaut sein müssen. Wer das nicht anerkennt, hat nicht verstanden, was Liberalismus eigentlich ist und ist somit in einer liberalen politischen Bewegung fehl am Platze. Wenn wir nun die Entfaltungsmöglichkeiten und die Autonomie eines Deutschen in geschlossenen Grenzen mit denen eines Europäers vergleichen, ist offensichtlich, wer von beiden in größerer Freiheit lebt. Wer nun entgegenhält, dass man ja auch innerhalb Deutschlands sehr viele Chancen finden könne und ein Europa folglich also ja gar nicht so dringend dafür brauchen würde, der hat den Wert des Freiheitszuwachses nicht erfasst oder aber einfach Angst vor zu viel Freiheit. Die aktuell heranwachsende Generation hat es als Normalität kennen gelernt, ihren Studienort frei in Europa wählen zu können, spontan Freunde im Nachbarland zu besuchen und auch bei der Job-Suche über das eigene Heimatland hinausdenken zu können. Diese Freiheiten nun wieder zu beschneiden ist ein Verrat an der beschriebenen liberalen Pflicht.

Häufig wird gerne eine angeblich wirtschaftsliberale Argumentation aufgeföhren: Schulden würden vergemeinschaftet, allgemein würden sich die armen Länder an der Leistungsbereitschaft der Reicherer bedienen. Die „Leave-campaign“ in Großbritannien setzte einen Bus ein, dessen Beschriftung propagierte, dass wöchentlich 350 Millionen Pfund von der Insel in die EU flößen und mit dem Geld ja besser Gesundheitsausgaben finanziert werden könnten. Und daher sei die EU schlecht und nicht liberal.

Abgesehen davon, dass diese Behauptungen oft nicht der Wahrheit entsprechen, muss grundsätzlich hervorgehoben werden: Welchen Geldpreis auch immer wir für die Freiheit, die Europa bedeutet, bezahlen müssen – er muss schon unvorstellbar hoch sein, damit er zu hoch wäre. Natürlich kann so ein einzigartiges und komplexes Projekt nicht frei von Fehlern und eben auch Krisen ablaufen. Der ehemalige Bundesaußenminister Guido Westerwelle sagte einst: „Europa hat seinen Preis, ja, aber es hat auch seinen Wert.“ Und dieser Wert muss gerade von Liberalen mehr noch als von Anhängern aller anderen politischen Richtungen



geschätzt und anerkannt werden. Denn Internationalismus ist zu allererst ein Konzept der Freiheit.

Der Kampf gegen den Nationalismus ist liberal

Dieser Begriff ist von seiner Definition her aus historischen Gründen ein marxistischer, entstanden als Kampfbegriff für die Vereinigung der Proletarier aller Länder. Ebenso ist aber auch naheliegend, ihn als Gegensatz zum Nationalismus zu verwenden. Warum sollte der Kampf gegen den Nationalismus einer sein, der in erster Linie dem Marxismus zugeschrieben wird? Anhänger dieser politischen Richtung sehen darin nicht viel mehr als ein Mittel zum Zweck zur Durchsetzung einer wirtschaftspolitischen Ideologie. Liberalen hingegen muss dieser Kampf als konsequente Schlussfolgerung der Durchsetzung von Freiheit und Autonomie des Individuums als Grundpfeiler des politischen Weltbildes eine zentrale Herzensangelegenheit sein.

Die eingangs gestellte Frage, ob ein Liberaler ein Nationalist sein kann, muss folglich also deutlich mit „Nein“ beantwortet werden. Die wahren Liberalen, die das verstanden haben, stehen dann aber auch in der Pflicht, aufzustehen und für diese Erkenntnis einzustehen. Denn diejenigen, die dem widersprechen, sind eine ernstzunehmende Gefahr für die liberale Bewegung. Gerade im Bezug auf Europa betrifft dies in erster Linie junge Menschen: Sie sind davon betroffen, ob heute die Weichen auf Freizügigkeit und Weltoffenheit gestellt werden oder aber auf das Hochziehen von Mauern entlang nationaler Grenzen, die die Freiheit eines jeden Individuums in erheblichem Ausmaße einengen.



SAMUEL FREY (20) kommt ursprünglich aus Bremen und beginnt nach einem kleinen Ausflug in die Volkswirtschaftslehre zum nächsten Semester ein Studium der Publizistik in Berlin. Eine klare pro-europäische Haltung war für ihn eines der Argumente, um vor drei Monaten den Jungen Liberalen beizutreten. Ihr erreicht ihn unter s.h.frey@icloud.com.

Impressum

jung+liberal ist das MitgliederMagazin des Bundesverbandes der Jungen Liberalen. Es erscheint viermal jährlich. Zu beziehen ist jung+liberal per Abonnement. Mitglieder der Jungen Liberalen erhalten das Magazin automatisch im Rahmen ihrer Mitgliedschaft. jung+liberal wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Herausgeber:
Bundesverband Junge Liberale e.V.
Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin
Telefon: (030) 680 78 55-0
Telefax: (030) 680 78 55-22
E-Mail: info@julis.de

Chefredaktion (V.i.S.d.P.):
Laura Schieritz (schieritz@julis.de)

Autoren:
Samuel Frey, Phil Hackemann, Yannik Hoppe, Peter Kastschajew, Konstantin Kuhle, Beret Roots, Lasse Roth, Larissa Saar, Marianne Schäfer, Christian Schmans, Alice Schmidt, Katharina Schreiner, Mitja Schulz, Krijn van Eeden, Moritz Voelkner

Auflage: 11.000 Exemplare

Gestaltung: Himmel & Jord, Berlin

Mit dem Namen des Autors versehene Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht. Belegexemplar erbeten. Für unverlangt eingesandte Fotos und Manuskripte übernehmen wir keine Haftung

Bei Fragen zur Ausgabe, für eine Aufnahme in den Autorenverteiler, bezüglich Leserbriefe und Blattkritik bitte einfach eine E-Mail an schieritz@julis.de schicken.

Bildnachweise
Sofern nicht anders ausgewiesen sind alle Fotos und Illustrationen
© JuLis/privat sowie Himmel & Jord GmbH, Berlin



FÜR UNSERE
GESUNDHEIT
FEIERT **HEBAMME LINDA**
JEDEN TAG GEBURTSTAG.

WIR SAGEN DANKE.



Gemeinsam machen wir das deutsche
Gesundheitssystem zu einem der besten der Welt.
Erfahren Sie mehr unter www.pkv.de/linda

**IHRE PRIVATEN
KRANKENVERSICHERER**